

Freihandelsabkommen mit Vietnam

Von Christopher Wimmer

Februar 2017

Freihandel war eines der wichtigsten Themen des Jahres 2016. Die Verhandlungen um CETA und TTIP wurden auf beiden Seiten des Atlantiks von einer kritischen Öffentlichkeit verfolgt. Hunderttausende demonstrierten gegen diese Abkommen. Doch relativ unbemerkt von medialen Debatten wurden für eine andere Weltregion ebenso einschneidende Abkommen abgeschlossen: Für Südostasien. Hier sticht vor allem Vietnam durch zahlreiche Abkommen hervor, an denen sich globale Handelsstrukturen und Abhängigkeiten ablesen lassen.

Die Obama-Administration wollte den südostasiatischen Raum in eine große Freihandelszone einbeziehen. Dies war die Grundlage für das transpazifische Abkommen TPP. Unter der neuen Regierung von Donald Trump ist die Zukunft von TPP nun ungewiss. Dieser hatte TPP als »potentielles Desaster« für die USA bezeichnet und will anstelle des Abkommens bilaterale Handelsabkommen mit einzelnen Ländern schließen, die »Jobs und Industrie zurück nach Amerika« bringen sollen. Ohne die USA wäre das aus 12 Nationen bestehende TPP, das rund 40 Prozent des weltweiten Handels betreffen würde, hinfällig.

Obwohl die Republik Vietnam eines der Länder wäre, das am stärksten von diesem Freihandelsabkommen profitieren würde, blickt die Regie-

rung einem möglichen Scheitern oder einer Neuverhandlung durchaus gelassen entgegen. Die USA sind zwar Vietnams größter Exportmarkt, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden ehemaligen Kriegsgegnern sind so gut wie nie. Obama besuchte als erster US-Präsident 2015 das Land und vereinbarte dort eine sogenannte umfassende Partnerschaft zwischen den Ländern, die mehrere Kooperationsfelder umfasst. Darunter sind neben der Vertiefung der politischen Beziehungen auch eine gemeinsame Bewältigung der Kriegsschäden und eine weitreichende Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung. Dies alles wird auch weiterhin (mit oder ohne TPP) bestehen bleiben. Le Quoc An, der Präsident des vietnamesischen Textil- und Bekleidungsverbandes meinte dahingehend auch Ende Dezember 2016:

»Wie auch immer, es wird auch ohne TTP keine Probleme geben. Die Exporte in die USA waren bisher ohne das Abkommen auch sehr gut.«

Doch nicht nur die USA, sondern auch Russland, China und vor allem die Europäische Union und Deutschland haben die steigende Bedeutung des Handels mit der sozialistischen Republik erkannt.

Vietnam wird sich somit auch wie schon bislang weiterhin umorientieren. Auf der einen Seite trat Ende 2016 ein Abkommen Vietnams mit der von Russland dominierten Eurasischen Wirtschaftsunion in Kraft, das den Zugang zu einem Markt von 181 Millionen Menschen ermöglicht. Damit kann sich Vietnam nun mehr und mehr vom großen Rivalen China lösen, der auch bei den Verhandlungen zu TTP nicht eingeladen war. Auf der anderen Seite wird die prosperierende Volkswirtschaft Vietnams immer mehr von der Europäischen Union und auch konkret von der Bundesrepublik als interessanter Absatzmarkt entdeckt.

Vietnams wirtschaftlicher Aufschwung

Vietnam mit seinen 94 Millionen Einwohner*innen weist seit 2000 Wachstumsquoten von durchschnittlich über 6 Prozent auf; 2015 wuchs das Bruttoinlandsprodukt um 6,7 Prozent.

Der Grundstein für Vietnams ökonomischen Aufstieg wurde vor 30 Jahren gelegt. Das Land war damals durch die verheerenden Kriegsschäden und eine überstürzt eingeführte Planwirtschaft am Boden. In der Bevölkerung herrschte Hunger und Armut. Die Kommunistische Partei, die seit 1975 den Einparteienstaat bestimmt, reagierte im Dezember 1986 auf ihrem sechsten Parteitag auf diese Entwicklungen. Die unter dem Namen »Doi Moi« (Erneuerung) bekannt gewordene Reformpolitik setzt den Fokus auf Wachstum und Marktöffnung. Private Unternehmen sowie ausländische Investitionen wurden erlaubt, der Staat hielt aber durch Staatsbetriebe die zentralen Industrien in seinen Hän-

den. Bis heute werden Sektoren wie Telekommunikation sowie Schwer- und Finanzindustrie vom Staat kontrolliert und erwirtschaften knapp die Hälfte des BIP. Gekennzeichnet sind die staatlichen Betriebe aber auch durch erhebliche Strukturprobleme wie Verschuldung, Korruption und Missmanagement. Die »Marktwirtschaft sozialistischer Prägung« bestimmt bis zum heutigen Tag die Entwicklungen. Aber erst nach dem Zusammenbruch des Ostblock begann für Vietnam der eigentliche Boom, da dadurch die Integration in die Weltwirtschaft und dem Handel mit dem Westen möglich wurde.

Die vietnamesische Führung hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2020 Industrienation zu werden. Dafür sind der Außenhandel und ausländische Direktinvestitionen unerlässlich. Seit Mitte der 1980er Jahre ist der Außenhandel das Rückgrat des produzierenden Gewerbes in Vietnam. Hierfür sind Handelsabkommen notwendiger Bestandteil: 1995 trat Vietnam der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) bei, 2007 der Welthandelsorganisation WTO. Darüber wurden bilaterale Abkommen unter anderem mit Indien und China unterzeichnet, weitere mit Hongkong und Israel sind in Planung. Im Dezember 2016 sprach der vietnamesische Präsident Tran Dai Quang bei einem Besuch des Staatschefs der Arabischen Emirate, von denen sich Vietnam Investitionen verspricht, davon, »Gesetze und alle relevanten Mechanismen« so zu ändern, um für ausländische Investoren ein »möglichst günstige Umwelt zu ermöglichen.«

Dass diesen Worten Taten folgten, beweisen die Zahlen eindrucksvoll: Die Direktinvestitionen von ausländischen Unternehmen haben von 14,7 Milliarden US-Dollar (2000) auf knapp 100 Milliarden (2015) zugenommen. Ein wichtiger Partner hierfür ist die Europäische Union. Sie ist Vietnams drittgrößter Handelspartner. Ursprünglich wollte die EU mit der gesamten südostasiatischen Staatengruppe ASEAN ein Freihandelsabkommen abschließen. Doch wegen der komplizierten Gemengelage in Südostasien hat die EU diese Verhandlungen abgebrochen und setzt seitdem auf bilaterale Abschlüsse. Diese Verhandlungen verliefen weitestgehend unbeachtet von der europäischen Öffentlichkeit. Dort bestimmten die Verhandlungen um TTIP und CETA die Tagesord-

nung. In großer Ruhe gingen Ende 2015 die drei Jahre Verhandlungen zu Ende und das EU-Vietnam-Freihandelsabkommen (EUVFTA) wurde unterzeichnet.

Folgen des EU-Vietnam Freihandelsabkommen

Durch das Abkommen, das nach Verhandlungen über letzte Feinheiten 2017 oder 2018 unterzeichnet werden soll, sollen gegenseitige Zugänge zu Märkten erleichtert und Investitionen gesteigert werden. Dies soll durch den Wegfall von 99 Prozent aller Zölle geschehen. 65 Prozent der Einfuhrzölle auf Güter und Dienstleistungen nach Vietnam werden sofort verschwinden, der Rest über einen Zeitraum von 10 Jahren. Die EU wird ihre Zölle innerhalb von sieben Jahren aufheben. Sie ist der zweitgrößte Handelspartner Vietnams und dessen zweitgrößter Exportmarkt. Waren die privaten Schiedsgerichte bei den Verhandlungen um TTIP ein großes Streitthema, wurden diese im EUVFTA durch ein Gremium aus eigenständigen Schlichtern ersetzt.

Im Abkommen gibt es ebenso ein sogenanntes Nachhaltigkeitskapitel. Darin werden Sozial- und Umweltstandards festgeschrieben. Beide Seiten verpflichten sich darin auf die Einhaltung der Kernarbeitsnormen, die die Internationale Arbeitsorganisation ILO festgelegt hat. Vietnam hat jedoch drei der acht ILO-Kernarbeitsnormen nicht ratifiziert, darunter das Recht zur Gründung von freien Gewerkschaften, das Abkommen über die Tarifpolitik und die Möglichkeit, Streiks durchzuführen. Nichtsdestotrotz brachte Ende 2016 das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik eine Studie heraus, die sich am Beispiel Vietnam mit Freihandelsabkommen beschäftigt und zu dem Schluss kommt, dass Freihandel Vietnam »neue Möglichkeiten erschließt, in der globalen Versorgungskette aufzusteigen«.

Daher sind die Autor*innen auch voll des Lobs für das Abkommen. Ebenso kam der Vorsitzende des EU-Handelsausschuss im Europäischen Parlament Bernd Lange (SPD) ins Schwärmen. Das Abkommen sei ein »Meilenstein der Handelsbe-



ziehungen zu Südostasien«, das dort auch die »Bildung unabhängiger Gewerkschaften« unterstützen würde.

Deutschlands will Partnerschaft mit ASEAN stärken

Nicht weniger enthusiastisch scheinen seine Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag zu sein. Die Regierungsfractionen von CDU/CSU und SPD brachten im Dezember 2016 in erster Lesung einen Antrag zum Ausbau der Beziehungen mit der gesamten ASEAN-Staaten-gemeinschaft ein. Die Region sei ein »Wirtschaftsraum (...) und politischer Partner mit wachsender Bedeutung«, so ist dort zu lesen. Von der gewachsenen Bedeutung des südostasiatischen Raums zeugen auch Freihandelsabkommen mit Singapur und Malaysia. Die Verhandlungen mit Indonesien und den Philippinen haben begonnen. Mit Südkorea hat es bereits 2011 einen Abschluss gegeben. Im Bundestag war sich dann bei der Beratung des Antrags auch die ganz große Koalition von grün bis schwarz einig, die Partnerschaft zu stärken – der Kollege der Linkspartei stimmte grundsätzlich auch zu, wollte aber gleichzeitig auch noch die Kooperationen mit Kuba stärken.

Die Gründe für diese Einigkeit werden deutlich, wenn man sich die bisherige Handelsstruktur vor Augen führt und die Effekte auf den »Standort Deutschland« betrachtet, dem sich alle Parteien im Bundestag verschrieben haben. Im Oktober 2011 wurde von Bundeskanzlerin Merkel und Premierminister Dung die sog. »Hanoier Erklärung« unterzeichnet. Mit ihr wurde eine »strate-

*Mehr und mehr Menschen in Vietnam werden vom Moped auf das Auto umsteigen.
© M M.;
(creativecommons licenses)*

gische Partnerschaft« zwischen Deutschland und Vietnam begründet, die eine Stärkung der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und entwicklungspolitischen Beziehungen zum Ziel hat. 2015 betrug das Handelsvolumen von Deutschland mit Vietnam 7,5 Milliarden US-Dollar.

Die deutsch-vietnamesischen Handelsbeziehungen sind also durchaus gut, basieren aber strukturell auf völliger Ungleichheit: Deutschland ist als Abnehmerland für Vietnam deutlich wichtiger als Vietnam für Deutschland. Zwischen 2010 und 2015 konnte Vietnam die Exporte nach Deutschland verdreifachen. Innerhalb der EU ist Deutschland für die südostasiatische Republik der wichtigste Handelspartner. Deutschland ist sechstgrößtes Abnehmerland für vietnamesische Waren – Vietnam steht bei Deutschland nur auf Platz 52. Insgesamt übersteigen die vietnamesischen Einfuhren nach Deutschland deutlich die deutschen Ausfuhren: Waren im Wert von 4,5 Millionen US-Dollar wurden mehr nach Deutschland eingeführt als ausgeführt. Nicht nur in der Menge, sondern auch in der Art der Waren unterscheiden sich die beiden Länder grundsätzlich. Wo Vietnam vor allem Mobiltelefone und andere elektronische Geräte, Bekleidung und Schuhe sowie landwirtschaftliche Produkte (Reis, Kaffee, Meeresfrüchte) liefert, stellt die Bundesrepublik vor allem elektrische Maschinen, chemische Erzeugnisse, Anlagen, Flug- und Fahrzeuge und medizinische Produkte, v. a. Medikamente.

Und hier liegt auch das gesteigerte Interesse der deutschen Industrie und des deutschen Kapitals in Vietnam begründet. Auch für Vietnam will der Exportweltmeister Deutschland mehr Güter zur Verfügung stellen – und gut daran verdienen. Im Bereich Maschinenbau, pharmazeutische Erzeugnisse und Autos konnte Deutschland seine Exporte mehr als verdoppeln. Ebenso bieten sich große Chancen für die deutsche Industrie im Bereich Textilmaschinen. Vietnam stellt somit einen stark wachsenden Absatzmarkt dar. Die ökonomischen Veränderungen sind auch deutlich im alltäglichen Leben sichtbar: Wo die engen Gassen Hanois vor fünf Jahren noch von Mopeds bevölkert waren, drängen sich nun mehr und mehr Autos – auch aus Deutschland. Zum anderen finden sich in Vietnam gut ausgebildete und vor allem billige Arbeitskräfte. Im südostasiatischen Vergleich verfügt das so-

zialistische Land über ein sehr gutes Bildungssystem und zeichnet sich durch niedrige Löhne aus. Liegt der Mindestlohn in China bei rund 270 US-Dollar, muss man in Vietnam nur rund 110 US-Dollar pro Monat zahlen. Dementsprechend sind derzeit rund 300 deutsche Firmen im südostasiatischen Land tätig – Tendenz steigend.

Das Ziel der Freihandelsabkommen ist es, den Einfluss auf ASEAN und besonders Vietnam zu stärken. Deutschland und die EU wird es dabei sicher freuen, dass die USA Südostasien im Ungewissen lassen. Trumps möglicher Rückzug aus Südostasien ist ein Geschenk für die deutsche Industrie. Für diese geht es jetzt darum, die prosperierenden Staaten nicht an China zu verlieren und schnell zu handeln. In dieselbe Kerbe schlägt auch das statistische Bundesamt. In einer aktuellen Stellungnahme zeigt sie, dass der deutsch-vietnamesische Handel »ausbaufähig« ist und noch weiteres Potential birgt. Die wachsende Urbanisierung sowie öffentliche Infrastrukturmaßnahmen in Vietnam bieten hier spannende Zulieferoptionen für deutsche Firmen. Dass dadurch soziale Ungleichheiten und das Stadt-Land-Gefälle in Vietnam noch verstärkt werden, spielt keine Rolle. Dies kann der deutschen Industrie aber auch egal sein, solange der Profit stimmt.

Kritiklose Akzeptanz

Aber regen sich in Vietnam keine Stimmen, die eine solche auf Ungleichheit basierende Handelsstruktur ablehnen und die Folgen einer einseitigen Zusammenarbeit kritisieren würden? Die Antwort ist so ernüchternd wie eindeutig: Nein. Die Gewerkschaften befürworten die Freihandelsabkommen, sie glauben den Versprechungen der Regierung vorbehaltlos. Die Zivilgesellschaft ist zu zersplittert, Umweltgruppen haben zu wenig Einfluss und kritische Stimmen werden im Land – das in der Pressefreiheit Platz 123 von 176 einnimmt – gerne sofort mundtot gemacht. Eine Opposition gibt es nicht. Doch auch die Bevölkerung steht hinter den Abkommen. Erst vor zwei Jahren hat die internationale Consultingfirma Pew Research in einer Reihe von südostasiatischen Ländern Umfragen durchgeführt, wie die Bevölkerung zum Thema Freihandel steht. Die Zustimmung in Vietnam

war besonders groß. Die meisten Vietnames*innen glauben, mit Freihandel entstehe Wachstum und mehr Jobs. Die Zukunftsaussichten Vietnams sind auch rosig. Das Wachstumsprognosen bleiben weiter bei über sechs Prozent und dies trotz der Misswirtschaft der Staatsbetriebe, trotz Konflikten mit China und trotz eines möglichen Scheiterns von TPP. Die Modernisierungsfraktion innerhalb der vietnamesischen Führung hofft, dass mit freiem Handel der Druck auf die großen Staatsunternehmen steigt, profitabler und konkurrenzfähiger zu werden. Zugleich sieht sich Vietnam stärker in einer Architektur eingebunden, die zumindest einen gewissen Schutz gegen Chinas wirtschaftliche Dominanz in der Region bieten soll.

Für eine freie Gewerkschaftsbewegung sowie für die Implementierung sozial-ökologische

Standards in Vietnam wird der Freihandel aber keine Verbesserungen bringen. Der aktuelle Antrag der deutschen Regierungsfractionen enthält in diese Richtung auch keine Punkte. Zwar wird von der Eindämmung von Drogenhandel und der Stärkung der Menschenrechte gesprochen, konkrete Forderungen werden daraus aber nicht abgeleitet. Das ist auch gar nicht Sinn von kapitalistischen Freihandelsabkommen. Wer darauf hofft, ist im besten Fall nur naiv. Es geht Deutschland darum, mögliche Konkurrenz schon so früh wie möglich auszuschalten und Vietnam als billige Rohstoff- oder Verarbeitungslieferanten zu halten. Deutschland und die EU sind in den Verhandlungen deutlich in der dominanten Position. Dass hierbei die vietnamesische Seite nun noch willfährig und sogar optimistisch mitspielt, macht es für Deutschland noch angenehmer.

Über die Stiftung Asienhaus

Die Stiftung Asienhaus trägt dazu bei, Brücken zwischen Zivilgesellschaften in Asien und Europa zu bauen. Sie setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

Der Autor

Christopher Wimmer hat Soziologie und Politikwissenschaften in Berlin und Wien studiert. 2014 lebte er in Vietnam und schreibt seitdem als freier Autor u.a für das Neue Deutschland, Freitag und Jungle World. Ebenso ist er in der Redaktion der Zeitschrift Südostasien tätig.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Stiftung Asienhaus verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des



und von



Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

Impressum

V. i. S. d. P.:

Monika Schlicher | Stiftung Asienhaus
Hohenzollernring 52 | 50672 Köln | Germany

Tel.: 0221–71 61 21–0

Email: asienhaus@asienhaus.de

Web: <http://www.asienhaus.de>

Gesamtausstattung:

Klartext Medienwerkstatt GmbH

(<http://www.k-mw.de>)